

## **? Drei kurze Fragen an unsere Ehrenamtlichen**

# „Nur so rumsitzen, das kann ich sowieso nicht“

Die SoVD-Mitglieder, die wir Ihnen in diesem Monat vorstellen, haben auch selbst schon einmal die Hilfe des Verbandes in Anspruch genommen. Für Annegret Boshardt und Rolf Kendermann war das jedoch allenfalls ein zusätzlicher Anreiz, sich selbst ehrenamtlich für andere zu engagieren.

Annegret Boshardt hat über 30 Jahre lang als Lohn- und Gehaltsbuchhalterin in einem Maschinenbaubetrieb in

Bochum gearbeitet. Mittlerweile ist sie zwar Rentnerin, doch überaus aktiv ist die 70-Jährige weiterhin.

„Nur immer so rumsitzen“, sagt sie, „das kann ich sowieso nicht.“ Sowohl im Ortsverband Altenbochum-Laer als auch im Bezirksverband Bochum-Hattin-

gen engagiert sich Annegret Boshardt deshalb als Schatzmeisterin. Rolf Kendermann kam 1984 zum Reichsbund, dem heutigen SoVD. Im Laufe seiner Zugehörigkeit konnte ihm der Verband gleich mehrfach helfen. So klagte man beispielsweise erfolgreich gegen die Ablehnung seines Antrages auf Erwerbsminderungsrente. Auch, als die Krankenkasse ihm im Jahr

2008 eine Nachsorgemaßnahme nach einer Langzeittherapie wegen Alkohol nicht be-willigen wollte, erhielt der heute 61-Jährige Unterstützung vom SoVD. Der Widerspruch erwies sich als sehr erfolgreich.

Umgekehrt engagiert sich auch Rolf Kendermann für den SoVD und wurde zuletzt im Ortsverband Hanseat als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Als Mitglied der Evangelisch-methodistischen Kirche engagiert sich der Hamburger zudem im dortigen Arbeitskreis Sucht-krankenhilfe und Prävention sowie als Suchtbeauftragter im Gemeindebezirk der Chris-

**Ich bin beim SoVD, weil ...**



... die Neuordnung des Schwerbehindertengesetzes 1984 radikale Verschlechterungen mit sich brachte. Das habe auch ich zu spüren bekommen und wollte mich hierzu vom SoVD beraten lassen.

**Was bei uns vor Ort gut funktioniert ...**

..., ist der Umgang untereinander. Mit meiner Suchterkrankung, körperlichen und Sprech-Behinderung fühle ich mich im Ortsverband gut angenommen. Man akzeptiert mich dort so, wie ich bin, ohne dass ich das Gefühl habe, schief angeguckt zu werden.

**Für die Zukunft wünsche ich mir ...**

... einen besseren Umgang mit Menschen mit Abhängigkeiten wegen Alkohol und anderen Suchterkrankungen wie zum Beispiel Drogen, Spielsucht, Esssucht oder Arbeits-sucht. Vor allem im Alter sollte man auf den eigenen Umgang etwa mit Alkohol achten. Ich selbst lebe seit gut zehn Jahren abstin-ent. Betroffene brauchen unsere Hilfe und Unterstützung.

**Rolf Kendermann  
(Ortsverband Hanseat)**

tuskirche Hamm in Hamburg. Darüber hinaus ist er Mitglied der Guttemplergemeinschaft „Hansa“ und auch Mitglied im Vorstand. job

**Ich bin beim SoVD, weil ...**

... mein Mann die Hilfe des SoVD in Anspruch genommen hat – und da sind wir gleich beide eingetreten. Später habe ich mich dann auch selbst beraten lassen.



**Was bei uns vor Ort gut funktioniert ...**

..., ist das Zusammenhalten. Wir haben viele Alleinstehende, die sich auf die regelmäßigen Treffen freuen und gerne dort hinkommen. Wir sprechen dann auch schon mal über persönliche oder private Probleme und suchen nach einer Lösung.

**Für die Zukunft wünsche ich mir ...**

..., dass auch mal jüngere Leute zu den Versammlungen kommen und sich ehrenamtlich engagieren. Aber ich weiß natürlich, dass genau das schwierig ist. Schließlich stehen viele der Jüngeren ja noch im Berufsleben.

**Annegret Boshardt  
(Ortsverband Altenbochum-Laer)**



Foto: Ingo Bartussek / fotolia

**Formulare richtig ausfüllen oder Widersprüche einlegen – SoVD-Mitglieder bieten in vielen Fällen Hilfe und Unterstützung an.**

## **BB Landesverband Berlin-Brandenburg**

# 6. Sozialgipfel thematisiert Altersarmut

Das Berliner Bündnis von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Mieterverein hat am 12. September bei dem gut besuchten 6. Sozialgipfel die Spitzenbewerber für den nächsten Deutschen Bundestag mit seinen sozialpolitischen Forderungen konfrontiert.

An der „rein weiblichen“ Diskussionsrunde nahmen Eva Högl (SPD), Monika Grütters (CDU), Lisa Paus (Grüne) und Petra Pau (Linke) teil. Auch die Moderation war mit Nina Groll, Wirtschaftsredakteurin bei „Zeit Online“, weiblich besetzt. Breiten Raum in der Diskussion nahm die Bekämpfung der Altersarmut ein.

Im Vordergrund stand vor allem die Anhebung des Niveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die einzelnen, von den verschiedenen Parteivertreterinnen eingebrachten Vorstellungen dazu wurden kontrovers diskutiert. Hingegen bestand Einigkeit über die Nötigkeit einer Erwerbstätigenversicherung, in die auch

Selbstständige einbezogen werden müssten.

Hervorgehoben wurde auch der Zusammenhang von prekärer Beschäftigung mit Armut bei Arbeit und im Alter. Eva Högl sprach sich klar für die Wiedereinführung eines sachlichen Grundes bei der befristeten Beschäftigung aus, die mit über 40 Prozent bei den Neueinstellungen (und für jüngere Arbeitnehmer sogar die Hälfte) immer mehr aus dem Ruder laufe.

Die von dem Sozialgipfelbündnis geforderte spürbare Erhöhung des Mindestlohnes, um Altersarmut zu verhindern, griff allein Petra Pau auf. Auch die Forderungen nach Abschaffung der Zwangsversicherung mit 63 für ALG-II-Emp-

fänger fanden mit Ausnahme der „Linken“ keine Resonanz.

Einig waren sich alle über die desolate Lage auf dem Wohnungsmarkt und die dringende Notwendigkeit, Verfügbarkeit und Bau bezahlbaren Wohnraumes zu fördern und gesetzliche Initiativen, vor allem die Mietpreisbremse, zu schärfen. Auch müsse die Explosion der Bodenpreise beendet werden. Jedoch wurde nicht klar, wie das umgesetzt werden soll.

Dies gilt auch für wirksame Maßnahmen gegen die inzwischen auf drei Millionen gestiegene Kinderarmut durch quantitative und qualitative ausreichende Erziehung und Bildung. Entsprechende Maßnahmen müssten auch für Flücht-



**Auf dem Podium (v.li.): Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer (SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg), Nina Lepsius und Doro Zinke (DGB Berlin-Brandenburg) und Ute Kumpf (Arbeiterwohlfahrt Berlin).**

lingskinder gelten, die zum weit überwiegenden Teil bisher überhaupt keinen Kitaplatz haben. Einigkeit demonstrierten die Parteivertreterinnen ebenso

dabei, für Flüchtlinge das Recht auf Familienzusammenführung nicht länger aufzuschieben und auch für geduldete Schutzsuchende anzuwenden.